Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 12

Artikel: Südafrika ist anders als die Welt glaubt
Autor: Kappeler, Franz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161664

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und wurde akuter, nachdem Nasser sich einschaltete und diejenigen Parteien aktiv unterstützte, deren Ziel es war, das alte Regime in diesem Lande zu stürzen.

Eine neue Bedrohung Adens kann jederzeit wieder eintreten, und wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß die Jemeniten durch Überredung oder Betrug dazu gebracht werden könnten, unter dem Vorwand einer britischen «Aggression» russische Hilfe zum «Schutze» ihres Landes anzufordern. Die Briten in Aden würden einen üblen Schock erleben, wenn sie eines Morgens aufwachten und feststellen müßten, daß russische «Freiwillige» hinter der umstrittenen Grenzlinie gelandet worden wären und nun die Panzer und Geschütze bemannten, die Jemen schon lange von Rußland empfangen hatte.

Die wirksamste und auch am wenigsten provokatorische Sicherheitsmaßnahme gegen solche Notfälle würde darin bestehen, in den diese Gebiete umgebenden Gewässern eine amphibische Streitmacht bereitzuhalten, die in der Lage wäre, in aller Raschheit eine «Feuerwehr» oder einen «Feuerlöscher» an Land zu setzen. Die 6. amerikanische Flotte, die von Landbasen und Flugplätzen unabhängig ist, erfüllt diese bewegliche und unprovokatorische Hilfsmission im Nahen Osten. Ihre Abschreckungskraft wäre noch wirksamer, wenn ihre Bestände an Marineinfanterie vergrößert würden. Indessen fehlt die amphibische Streitmacht im Arabischen Meer und im Indischen Ozean, die den Ländern in diesem Raum die entsprechende Sicherung bieten könnte.

Südafrika ist anders als die Welt glaubt

FRANZ KAPPELER

Seit Jahren wird die Welt von gewissen Seiten systematisch falsch oder tendenziös über Südafrika orientiert. Daß über ein so kompliziertes Problem wie das Zusammenleben völlig verschiedener Rassen, Traditionen, Zivilisationsstufen und sozialer Schichten starke Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze entstehen, ist unvermeidlich. Kein mehrrassiges Land bleibt hievon verschont, auch wenn die Unterschiede viel kleiner sind. Das Schlimme ist, daß Südafrika dadurch zu einem Schauplatz gegensätzlicher politischer und wirtschaftlicher Aspirationen im Innern und von außen geworden ist und zu

einem Tummelplatz von Propagandisten, die aus Unkenntnis oder bewußt mit ideologischen Schlagworten, clichéartigen Verallgemeinerungen, Halbwahrheiten und Verdrehungen operieren[1].

Die Presse ist teilweise ein Instrument oder Spiegelbild der Situation. Als nach 1948 die nationale Regierung das schon von den früheren Ministerpräsidenten Hertzog und Smuts verfochtene Programm der getrennten Entwicklung der Rassen, heute Apartheid genannt, planmäßig auszuführen begann, entwickelte sich ein eigenartiges Hin und Her von Berichten oppositionell eingestellter südafrikanischer Journalisten an ausländische, vor allem linksgerichtete Zeitungen, die solche negativen Berichte groß aufgemacht abdruckten, worauf sie durch andere Kanäle wieder nach Südafrika geleitet und dort in den oppositionellen Zeitungen als Meinung der Weltpresse veröffentlicht wurden.

Eine von der südafrikanischen Regierung eingesetzte, aber politisch unabhängige Untersuchungskommission prüfte in zwölfjähriger Arbeit in allen Einzelheiten die Presseberichte im In- und Ausland über Südafrika. Sie stellte in ihrem umfangreichen, dem Parlament vorgelegten Bericht fest, daß ein großer Prozentsatz, teilweise bis zu 90% der sich teils auf südafrikanische Quellen, teils auf Berichte eigener Korrespondenten stützenden Mitteilungen, selbst großer internationaler Presseagenturen, ungenau, tendenziös oder falsch waren[2]. Gewisse Berichterstatter kamen mit derart vorgefaßten Meinungen ins Land, daß sie sich dort für den objektiven Sachverhalt überhaupt nicht interessierten, sondern nur danach trachteten, Gesinnungsgenossen und Argumente für ihr zum voraus feststehendes Urteil zu finden.

Die Feststellungen der Kommission brachten nur die durch genaue Untersuchungen belegte Bestätigung eines für Kenner Südafrikas seit langem offenkundigen Sachverhalts. Auch Professor Röpke hat in seinem Aufsatz über Südafrika vom Mai 1964 in den Schweizer Monatsheften auf diese unerfreulichen Erscheinungen hingewiesen[3].

Was also nottut, ist vor allem eine bessere Kenntnis der wirklichen Tatsachen und Zusammenhänge. Es soll daher nachstehend versucht werden, kurz den wesentlichen Inhalt der Apartheid und der mit der Apartheidspolitik verfolgten Ziele darzulegen. Daß mit dieser manche Härten für einzelne Menschen verbunden sind und manche Fehler begangen wurden und noch geschehen, soll nicht bestritten werden. Aber wo gibt es das nicht? Vor allem aber darf nicht vergessen werden, daß in einer Übergangsperiode solchen Ausmaßes ein Lösungsversuch nicht anhand einzelner Schattenseiten, Fehler und Härten beurteilt werden darf, sondern daß es um das Ganze geht, um das große Ziel eines künftigen harmonischen und glücklichen Zusammenlebens der heterogenen Bevölkerung, das nur schrittweise und unter Opfern verwirklicht werden kann. Um diese Politik richtig verstehen und würdigen zu können, muß man sich Südafrika als Ganzes vor Augen halten, das Land, die Menschen, die Wirtschaft, die verschiedenen Aspekte des Rassenproblems.

Land und Leute

Südafrika ist in der Luftlinie 10 000 km von Zentraleuropa entfernt, auf der südlichen Hälfte der Erde, wo die Ernten und die Früchte reifen, wenn wir Winter haben.

Die abgelegene Lage fördert einesteils die Tendenz zu einer gewissen Isolierung, die aber durch die große Reisefreudigkeit der Südafrikaner korrigiert wird. Sie zwingt anderseits zu selbständigem Denken und Handeln. Umgekehrt bewirkt sie, daß man im Ausland über Südafrika zu wenig Bescheid weiß.

Die Lage an der Südspitze Afrikas ist wegen des Seeweges nach Asien und Südamerika auch strategisch von Bedeutung. Wenn der Verkehr durch den Suezkanal unterbrochen wird wie im Weltkrieg und wegen der Suezkrise 1956/57, führt die einzige Seeverbindung von Europa nach den Ölquellen am Persischen Golf, nach Indien, dem Fernen Osten und Australien über die Häfen Südafrikas[4]. Dieses glaubte bis vor kurzem, militärisch weitgehend durch die großen Distanzen und die britische Flotte mit ihrer 1957 an Südafrika abgetretenen Marinebasis bei Kapstadt geschützt zu sein[5] und begnügte sich mit einer kleinen, durch Auslosungen ausgehobenen Wehrmacht, die notfalls aus den milizartig organisierten Reserveverbänden ergänzt werden konnte. Das hat sich nun seit einiger Zeit durch die Entwicklung der Technik und die veränderte politische Konstellation geändert, so daß die Landesverteidigung stark ausgebaut werden mußte. Dabei konnte an die große militärische Tradition der Vergangenheit angeknüpft werden.

Eindrucksvoll ist auch die Größe der Distanzen und Räume im Lande selbst. Die administrative Hauptstadt, Pretoria im Transvaal, eine Autostunde nördlich des großen Wirtschafts- und Minenzentrums Johannesburg, ist auf der kürzesten Straße von der parlamentarischen Hauptstadt, Kapstadt, 1600 km entfernt (dies dürfte etwa der Distanz Rom–Berlin entsprechen). Die Regierung, die Spitzen der Verwaltung und das diplomatische Korps müssen daher alljährlich im Januar für 5—6 Monate für die Parlamentssession von Pretoria nach Kapstadt umziehen. Von Kapstadt bis zur nördlichen Landesgrenze sind es sogar 2200 km.

Diesen Distanzen entspricht die Weiträumigkeit des Landes, das, abgesehen von den Industriegebieten, meist noch sehr dünn besiedelt ist und richtig organisiert, bebaut und bewässert ein Mehrfaches der heutigen Bewohner ernähren könnte. Dafür braucht es Menschen mit konstruktiven Ideen, Unternehmungsgeist, Können und Ausdauer, was aber die weißen Südafrikaner in hohem Maße besitzen.

Die mannigfaltige Bevölkerung setzt sich zusammen aus etwa 3¼ Millionen weißen, über 2 Millionen braunen und etwa 11 Millionen schwarzen Men-

schen, insgesamt etwa 17 Millionen. Weiße und Schwarze begannen ungefähr zur gleichen Zeit in die weiten, damals nur dünn von den heute praktisch ausgestorbenen Hottentotten und Buschmännern bewohnten Gebiete einzudringen, die Weißen über das Meer von Süden her, die Schwarzen, die der Rassengruppe der Bantu angehören, von Norden aus dem Innern Afrikas. Die beiden Ströme stießen zum ersten Mal vor etwa 250 Jahren aufeinander. Es folgten wechselvolle Kämpfe um die gegenseitigen Grenzen. Schließlich haben beide im großen und ganzen die damals von ihnen in Besitz genommenen Gebiete bis heute behalten. Es ist somit eine irrige Vorstellung, daß die Weißen in Südafrika die Bantu um «ihr Land» gebracht hätten. Die Bantu besiedelten hauptsächlich die klimatisch wärmeren Gebiete, die sich hufeisenförmig auf das nördliche Transvaal und das östliche Küstengebiet erstrecken, während sich die Weißen, neben der Kapprovinz und Durban, dem rauheren Hochplateau im Innern zuwandten.

Die schwarze Bevölkerung wird aus etwa 8 verschiedenen Nationen gebildet, nämlich 3 Millionen Xhosa aus der Transkei, 3 Millionen Zulu aus Natal, zusammen ebenfalls etwa 3 Millionen Nord-, West- und Südsotho aus Transvaal und Freistaat und etwa 2 Millionen, die sich aus kleineren Völkern zusammensetzen, wie Swazi, Tsonga (Schangan), Venda, Ndebele und andern kleineren Gruppen. Alle diese Bantuvölker haben ihre eigenen, voneinander verschiedenen Sprachen und Überlieferungen, ihre eigenen Gebräuche und Bedürfnisse. Sie sind, was in ihrem Bewußtsein und in ihrer Lebensweise eine große Rolle spielt, organisch in Stämme, Sippen und Familien gegliedert, im Gegensatz zu der amorphen Masse der Neger in Amerika, die in der Sklaverei die Stammeszugehörigkeit verloren haben und heute wirklich nichts mehr als eben schwarze Amerikaner sind. Anders als die Weißen haben die Bantu Südafrikas in der Geschichte und bis heute kaum die Tendenz gezeigt, sich zu einer größeren Einheit zu verschmelzen, sondern ihre exklusiven Nationalitäten behauptet.

Zu den braunen Menschen zählen einerseits die 1,5 Millionen Kapmischlinge und anderseits 500 000 Inder.

Die Kapmischlinge wohnen zum größten Teil in der Gegend von Kapstadt und in der Kapprovinz. Sie sprechen Afrikaans wie die Buren und haben wie diese keine andere Heimat als Südafrika. Mit Ausnahme der mohammedanischen Malaien sind sie meist Christen. Ihre Ursprünge sind sehr mannigfaltig: Sie sind eine Mischung von Buschmännern und Hottentotten mit weißen Matrosen und Einwanderern, mit aus Java, Ceylon und Madagaskar eingeführten Sklaven und mit Bantu. Sie weisen daher alle Schattierungen der Hautfarbe von weiß bis schwarz auf. Sie haben viele Talente, aber auch die typischen Schwächen einer Mischrasse. Sie suchen möglichst Anschluß und Aufstieg bei den Weißen und lehnen in ihrer großen Mehrzahl den schwarzen Nationalismus ab.

Die ersten Inder kamen als Arbeiter für die Zuckerpflanzungen in Natal ins Land, wo sie ein Fremdkörper geblieben sind. Doch sind die Versuche, sie zur Rückwanderung nach Indien zu bewegen, trotz der angebotenen finanziellen Hilfe, mißglückt, nachdem die ersten Rückwanderer aus Indien an ihre Freunde und Bekannten zurückschrieben, Südafrika sei trotz allen Nachteilen unbedingt einer Rückkehr nach Indien vorzuziehen. Die Regierung hat sich daher neuerdings zu dem Entschluß durchgerungen, die Inder als Bestandteil Südafrikas anzuerkennen und im Sinne der getrennten Entwicklung zu organisieren.

In der weißen Bevölkerung sind die meisten europäischen Nationen vertreten, neben Holländern, Engländern, Schotten und Deutschen namentlich auch die Nachkommen der nach der Aufhebung des Edikts von Nantes durch Louis XIV. ins Land gekommenen französischen Hugenotten, die im Geistesleben, in der Politik, Verwaltung und Wirtschaft viele hervorragende Persönlichkeiten stellen, auch mehrere Mitglieder der Regierung. Man findet aber auch Portugiesen, Italiener, Griechen, besonders zahlreiche Juden und viele Libanesen. 4000 Schweizer sind bei den Konsulaten gemeldet. Etwa die Hälfte sind Doppelbürger, teils infolge von Naturalisation und Heirat, teils durch ihre Geburt auf südafrikanischem Boden. Ähnlich wie Amerika besitzt auch Südafrika eine sehr starke Assimilationskraft.

Eine wichtige Rolle spielt bis heute der Dualismus zwischen Buren und Briten. Während die ursprünglich holländisch- und heute afrikaanssprechende Bevölkerung, die Buren, zu denen auch die Nachkommen der Hugenotten und anderer in die Burengemeinschaft aufgenommener Einwanderer aus Europa zu zählen sind, schon früh ein neues südafrikanisches Nationalbewußtsein zu entwickeln und Südafrika als ihr einziges Vaterland zu betrachten begannen, blieb ein großer Teil der englischsprechenden Gruppe, bei aller Liebe zu Südafrika, doch weitgehend mit dem englischen Stammland verbunden und teilte seine Loyalität zwischen Südafrika und dem britischen Reich.

Durch den Burenkrieg um die Jahrhundertwende wurde ganz Südafrika vorübergehend eine britische Kolonie. Aber schon 1910 folgte die Bildung der Südafrikanischen Union, bestehend aus den vier Provinzen Transvaal, Orange Freistaat, Kapprovinz und Natal, später kam Südwestafrika hinzu, als Mandatsgebiet des ehemaligen Völkerbundes mit einem Sonderstatut. Ausgenommen wurden jedoch die drei britisch gebliebenen Protektorate Basutoland, Betschuanaland und Swaziland, also der größere Teil der Bantu-Territorien[6]. Die Südafrikanische Union wurde neben Kanada, Australien, Neuseeland und Indien zu einem der großen, immer selbständiger werdenden Dominions des heute in Auflösung begriffenen britischen Empires.

Diese Entwicklung hat schließlich mit der Ausrufung der Republik am 31. Mai 1961 in Pretoria durch den jetzigen Staatspräsidenten *C. R. Swart* ihren Abschluß gefunden. Damit war auch der unfreiwillige Austritt aus dem

britischen Commonwealth unter dem Druck seiner afro-asiatischen Mitglieder verbunden.

An der von den Engländern übernommenen traditionellen, parlamentarischen Demokratie hat sich dadurch nichts geändert; Südafrika ist ein moderner demokratischer Rechtsstaat mit seinen individuellen Freiheitsrechten und einer unabhängigen Justiz mit hohem Verantwortungsbewußtsein geblieben. Auch an der Gleichberechtigung der beiden Landessprachen, Afrikaans (55%) und Englisch (45%), hat sich nichts geändert. Die Südafrikaner gehen in der Zweisprachigkeit noch weiter als wir, indem sie die Kenntnis beider Sprachen grundsätzlich von allen verlangen.

Vor die Wahl zwischen dem britischen und dem südafrikanischen Bürgerrecht gestellt, hat der englischsprechende Bevölkerungsteil für Südafrika optiert und sich erstaunlich schnell mit der Republik abgefunden. Dazu hat der Eindruck dessen, was anderswo in Afrika, wie im Kongo, in Kenya, in Rhodesien vor sich geht, ebenfalls beigetragen, und es ist über Erwarten schnell eine Aussöhnung und auf längere Sicht eine Verschmelzung der beiden Sprachengruppen zu einer einzigen, aber weiterhin zweisprachigen südafrikanischen Nation in Gang genommen.

Die Wirtschaft[7]

An Bevölkerungszahl wird Südafrika zwar von Nigeria mit 55 Millionen[8], Ägypten mit 26 und Äthiopien-Eritrea mit 22 Millionen übertroffen. Wirtschaftlich dagegen ist Südafrika das weitaus bedeutendste Land Afrikas. Es produziert dreimal soviel Stahl und doppelt soviel Elektrizität wie der Rest des Kontinents. Auf Südafrika entfallen 87% der bekannten Kohlenvorkommen, 50% der Mineral-, 40% der Industrieproduktion, 50% des Eisenbahngüterverkehrs und der Telefonanschlüsse. Sein Bruttonationalprodukt betrug 1963 über 40 Milliarden Schweizerfranken. Landwirtschaft, Bergbau und Industrie sind die drei Hauptpfeiler seiner Wirtschaft.

Die Landwirtschaft umfaßt Vieh- und Schafzucht, Ackerbau, Anbau von Früchten, Gemüsen und Industriepflanzen, neuerdings auch Tee und Kaffee[9]. Sie vermag nicht nur die einheimische Bevölkerung zu ernähren, sondern darüber hinaus Exportprodukte in bedeutendem Umfange zu liefern: Wolle für jährlich über 600 Millionen Franken, Mais 1963 für 520 Millionen, wofür auch das kommunistische China als Großkäufer auftrat, ferner Früchte, Agrumen, Wein, Ölsaaten, Zucker, neuerdings in steigendem Umfang, sowie Fischereiprodukte.

Der Bergbau spielt jedoch im Export die Hauptrolle. Südafrika exportiert jährlich für ca. eine halbe Milliarde Franken Diamanten und für über 4 Milliarden Franken Gold[10]. Trotzdem der Goldpreis im Gegensatz zu den Warenpreisen seit 1934 international auf 35 USA-Dollars pro Unze stabil gehalten

wird[11], erzielt die südafrikanische Goldproduktion, dank der Entdeckung neuer ergiebiger Vorkommen, seit dem Zweiten Weltkrieg immer neue Rekorde. Die Goldindustrie beschäftigt etwa 50 000 Weiße und 400 000 Bantu. Letztere kommen zum großen Teil aus dem Ausland für befristete Kontrakte. Ihrer Unterkunft im Minenbereich, der Verpflegung und ärztlichen Betreuung, aber auch der Schulung und Fortbildung, der Unterhaltung und dem Sport wird von den fortschrittlich eingestellten Minengesellschaften große Aufmerksamkeit geschenkt. Es wird da, ohne viele Worte, Vorzügliches geleistet.

Südafrika gehört auch zu den führenden Produzenten der Welt unter anderem von Platin, Uran, Kohle, Eisen, Chrom, Mangan, Antimon, Vanadium und Asbest. Daneben gibt es Silber, Kupfer, Nickel, Zinn, Wolfram etc. Insgesamt werden über 50 Minerale ausgebeutet. Dennoch sind bis jetzt viele Bodenschätze noch kaum berührt. Es überrascht nicht, daß so viel Reichtum fremde Begehrlichkeiten weckt. Bis jetzt wurden Erdöl und Bauxit nicht gefunden, wohl aber ein Ersatzstoff für Bauxit.

Die Industrie begann sich zuerst in Anlehnung an den Bergbau zu entwickeln, hat aber erst durch die Unterbrechung der Verbindungen mit Europa in den beiden Weltkriegen größere Bedeutung erlangt. Seither hat sie sich so stark entfaltet, daß sie heute 25% des Nationaleinkommens liefert gegen 14% beim Bergbau und 11% bei der Landwirtschaft. Der Staat trug unter anderem durch den Aufbau einer staatlichen Stahlindustrie (Iscor), eines großen Werkes für Kohlenverflüssigung und Gewinnung von Grundstoffen für die heute in rascher Ausdehnung begriffene chemische Industrie (Sasol), sowie durch die Förderung der wissenschaftlichen Forschung in allen Wirtschaftsbereichen wesentlich zum Aufschwung der Industrie bei. Im Staatsbesitz sind auch die Eisenbahnen, Häfen und Fluglinien. Sie sind nach den modernsten Grundsätzen entwickelt worden und müssen ständig weiter ausgebaut werden, um dem rasch zunehmenden Verkehr zu genügen. Auf privatwirtschaftlicher Basis macht auch die Seeschiffahrt rasche Fortschritte.

Die Außenhandelszahlen beleuchten die Bedeutung der Wirtschaft Südafrikas noch von einer andern Seite. Dieses importierte 1963 für 8 Milliarden Franken Waren. Es exportierte für 6 Milliarden Waren und für 4 Milliarden Gold. Unter den Kontinenten nimmt Europa bei weitem den ersten Platz als Handelspartner ein. 1964 ist der Außenhandel, vor allem der Import, aber auch der Gold- und Warenexport weiter gestiegen. Der Handel mit der Schweiz ist ebenfalls in erfreulichem Aufschwung begriffen. Im Jahre 1964 erreichte unser Export nach Südafrika 165,6 Millionen Franken, unser direkter Import 42,9 Millionen.

Der Aufbau dieser blühenden, dynamischen Wirtschaft mit einer Elite von Unternehmern, Ingenieuren, Architekten, Medizinern, Juristen, Gelehrten und Künstlern auf allen Gebieten ist das Werk der Weißen. Doch haben die Millionen schwarzer und brauner Arbeitskräfte neben den weißen Arbeitern

ebenfalls ihren Anteil geleistet. Nach einer Aufstellung für 1951 — neuere Zahlen fand ich nicht — waren von den damaligen 12,5 Millionen Einwohnern 4,6 selbständige und unselbständige Erwerbstätige, wovon 1 Million Weiße, 3,1 Millionen Bantu, 400 000 Kapmischlinge und 100 000 Asiaten (meist Inder). Seither hat die Bevölkerung um rund einen Drittel zugenommen. Von den 11 Millionen Bantu leben etwa 4,5 Millionen in ihren eigenen Gebieten, während etwa 3,2 Millionen teils dauernd, teils vorübergehend in den Städten der Weißen als Minen- und Industriearbeiter sowie als Angestellte im Haushalt und in Betrieben Arbeit gefunden haben und ebenfalls etwa 3,2 Millionen als Landarbeiter mit ihren Familien auf den Farmen der Weißen leben.

Durch die Ersetzung der vor allem im Kriege entstandenen Slums durch moderne Arbeitersiedlungen für die Schwarzen und Farbigen am Rande der Industriestädte ist in Südafrika in den letzten 10 Jahren eine hervorragende soziale Leistung vollbracht worden[12]. Trotz der Rassendiskrimination werden die schwarzen Arbeiter in Afrika nirgends so gut bezahlt wie in Südafrika, so daß sie in großer Zahl aus dem Norden dorthin strömen, um Arbeit zu suchen. Man schätzt die Zahl der ausländischen Bantu gegenwärtig auf nahezu 1 Million.

In ihren eigenen Gebieten haben die Bantu noch wenig zur wirtschaftlichen Entwicklung getan, obschon diese Gebiete zum Teil zu den fruchtbarsten und regenreichsten Zonen des Landes gehören und es auch an Bodenschätzen nicht fehlt. Die Schwierigkeiten liegen hauptsächlich in ihrer Primitivität und Armut. An sich sind die Bantu intelligent, und es gibt einzelne hervorragend begabte Menschen unter ihnen, aber sie sind dünn gesäte Ausnahmen.

Mit großer Hingabe und Geduld sind seit langem weiße Agronomen, Ethnologen, Techniker und Erzieher auf Regierungskosten bemüht, die Bantubevölkerung für die nötigen Reformen ihrer Lebensweise zu gewinnen, besonders für die Bekämpfung der Bodenerosion, die Verbesserung der Viehwirtschaft und die Aufforstung. Sie haben dabei nicht nur gegen Unverstand, Aberglauben und Indolenz zu kämpfen, sondern auch gegen Störungsversuche subversiver Agitatoren. Letztere mißbrauchten die primitive Naivität und Leichtgläubigkeit der Bantu, um sie glauben zu machen, alle diese Maßnahmen bezweckten nur, sie ihrer Freiheit zu berauben und auszubeuten. Sie wurden auf diese Weise angestiftet, die Abzäunungen des Weidelandes wieder zu zerstören, die angepflanzten Forste niederzubrennen, manchmal sogar die Hütten der Bantu, welche mit den weißen Ratgebern zusammenarbeiteten.

Gegenwärtig ist in den Bantugebieten seitens der Regierung ein Fünfjahresprogramm für 700 Millionen Franken in Ausführung begriffen zwecks Erstellung von Häusern, Straßen und Brücken, Stauwehren, neuen Grundwasserbrunnen, Bodenverbesserung und Bekämpfung der Erosion, Anbau von Industriepflanzen, Bau von Werkstätten, alles in Zusammenarbeit mit den Bantu. Durch Errichtung städtischer Siedlungen in den Bantu-Territorien

versucht man die Entwicklung handwerklicher und später industrieller Betriebe zu fördern, ebenso durch die Gewährung von Darlehen an Unternehmer durch die vor einigen Jahren gegründete Bantu-Investment-Corporation, die mit Regierungsgeldern dotiert wurde, aber auch Spareinlagen von Bantu zu Investierungszwecken entgegennimmt. Für die Mischlinge wurde eine analoge Korporation gegründet, der auch hervorragende weiße Sachverständige angehören.

Wegen des geringen Unternehmungsgeistes der Bantu wird die Regierung immer wieder dazu gedrängt, weißen Unternehmern und Geldgebern Investitionen in den Bantu-Territorien zu gestatten. Der Ministerpräsident hat dies aber immer wieder abgelehnt, weil er befürchtet, daß bei einer Öffnung der Schleusen die weißen Kapitalisten sich in kurzer Zeit der den Bantu reservierten Bodenschätze und Möglichkeiten bemächtigen würden, die doch deren Eigentum bleiben und im Interesse ihrer wirtschaftlichen Entwicklung verwendet werden sollten. Er könnte sich höchstens mit der Errichtung von Betrieben im Sinne der technischen Hilfe, ohne Gewinnabsicht, einverstanden erklären, die später den Bantu zu Eigentum zu übergeben wären.

Dagegen versucht die Regierung die Gründung industrieller Unternehmungen durch Weiße unmittelbar an den Grenzen der Bantugebiete zu fördern, womit der Arbeitslosigkeit unter den Bantu gesteuert werden kann, ohne daß sie ihre angestammten Wohnstätten verlassen und in die Industriestädte der Weißen auswandern müssen. Zugleich kann damit ein Beitrag zur Ausbildung gelernter Arbeiter für die zu entwickelnden bantueigenen Industrie- und Gewerbebetriebe in den Bantugebieten geleistet werden.

Die Rassenfrage

Grundsätzliches

Es handelt sich bei dieser Frage darum, wie das Zusammenleben der grundverschiedenen Rassen innerhalb des Landes am besten geregelt werden kann[13]. Die Hautfarbe ist nur ein äußerlicher Aspekt. Viel wichtiger und schwieriger zu überbrücken sind die Unterschiede in der Herkunft und Überlieferung, im Entwicklungsgrad, welche tiefgreifende Verschiedenheiten in der Skala der Bedürfnisse, Interessen und Wertmaßstäbe, ja im ganzen Denken, Fühlen, Wollen und Handeln zur Folge haben.

Südafrika ist aus verschiedenen Gründen ein Sonderfall, der nicht einfach mit anderen Ländern verglichen werden kann[14]. Einmal ist Südafrika nicht ein unterentwickeltes Land wie die ehemaligen englischen und französischen Kolonien, sondern in seiner Struktur ein moderner, zivilisierter Staat mit einer hochentwickelten Wirtschaft.

Das kommt daher, daß sich in Südafrika, anders als in den britischen und französischen Kolonien oder in Algerien, eine eigene europäische Nation auf afrikanischem Boden gebildet hat. *Sie* hat Schritt für Schritt die Beseitigung der fremden Kolonialherrschaft auf friedlichem Weg erreicht. Somit handelt es sich in Südafrika nicht mehr um Kolonialismus, sondern um das Verhältnis zwischen verschiedenen, im Lande selbst verwurzelten Rassengruppen, Kulturen und sozialen Schichten. Im Gegensatz zu den neuen schwarzen Staaten, in denen die Weißen nur eine verschwindende Minderheit bilden und sich weiterhin ihrem europäischen Stammland zugehörig fühlen, bilden die weißen Südafrikaner, auch wenn sie weniger zahlreich sind als die Nichtweißen, dennoch das eigentliche Staatsvolk.

Diesen Staat und seine hochentwickelte Wirtschaft der Herrschaft der schwarzen Bevölkerungsmehrheit auszuliefern, hätte verheerende Folgen.

Gewiß sind die Schwarzen Südafrikas, soweit sie nicht in den Großstädten verdorben wurden, in der großen Mehrzahl anständige, dem Guten zugewendete und friedliebende Menschen mit einer natürlichen Intelligenz. Sie selber fürchten sich am meisten vor den Terroristen und Verbrechern unter ihren Rassengenossen. Sie haben von der weißen Bevölkerung schon manches gelernt. Aber sie leben in einer andern Gedankenwelt und sind zum größten Teil noch äußerst primitiv. Es muß noch eine große und hingebende Schulungs- und Aufbauarbeit geleistet werden für ihre Entwicklung zur Selbstregierung. Einstweilen gibt es nur sehr wenig wirkliche Führer. Leute wie Luthuli und Sobukwe wurden vom Ausland stark überschätzt.

Der Lösungsversuch der südafrikanischen Regierung geht davon aus, daß eine Rassengemeinschaft und Rassenvermischung von Weiß und Schwarz wegen der großen Verschiedenheit nicht möglich ist und von beiden Seiten abgelehnt wird, daß aber auch eine Fortführung der weißen Herrschaft mit nur limitierter Beteiligung der Schwarzen nicht mehr zeitgemäß ist und von den Bantu nicht mehr hingenommen würde, während die Weißen die Übergabe der Macht an die Schwarzen ablehnen. Den Ausweg aus diesem Dilemma sieht die Regierung in ihrer Politik der «Apartheid» oder der «getrennten Entwicklung». Das viel angefochtene Wort «Apartheid» bedeutet apart, das heißt getrennt leben, auf seine Fasson selig werden.

Ministerpräsident Dr. *Verwoerd*, der eine hervorragende Persönlichkeit ist, hat in vielen Jahren das südafrikanische Rassenproblem nicht nur studiert, sondern auch gründlich durchdacht, um alle Lösungsmöglichkeiten abzuklären. Die Lösung, zu der er schon als Minister für Bantu-Angelegenheiten kam und die er nun durchzuführen versucht, stellt den aufrichtigen Versuch dar, soweit es irgendwie geht, den Interessen aller Rassengruppen gerecht zu werden. Sie beruht auf dem Gedanken, daß jedes Volk das natürliche Recht habe, sein Eigenleben zu bewahren und sich selbst zu regieren. Kein Volk soll gezwungen werden, sich mit andern Völkern zu vermischen oder sich der Herr-

schaft einer andern Rasse zu unterwerfen. Anderseits geht diese Politik davon aus, daß in der heutigen Zeit allen Völkern, auch den rückständigen, ermöglicht werden sollte, zur Selbstregierung zu gelangen, sobald und soweit sie dazu vorbereitet und imstande sind. Es geht also auch in Südafrika nicht mehr um das «ob» der Rassenemanzipation, sondern um das «wie» und «wie schnell».

Nicht ein vielrassiger Gesamtstaat mit einer Mehrheitsregierung auf Grund des allgemeinen Stimmrechts soll geschaffen werden. Ein solcher würde unvermeidlich zu einem Kampf aller gegen alle um die Herrschaft und damit zum Chaos und zur Vernichtung des jetzigen hochentwickelten demokratischen Staates, seiner Wirtschaft und seiner Kultur und schließlich zur Verelendung der ganzen Bevölkerung führen.

Dagegen ermöglicht die Verwirklichung der getrennten Entwicklung aller Rassen einerseits den Wunsch der Bantu nach Selbstregierung zu erfüllen, und andererseits das Recht der Weißen auf Fortbestand als selbständige weiße Nation zu respektieren und ebenso den Kapmischlingen und den Indern eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen und sie ebenfalls vor einer Unterjochung durch die Schwarzen zu schützen.

Soziale Apartheid

Wie sieht heute die Apartheid praktisch aus? Ich beginne mit der sozialen Apartheid. Sie bezweckt, einer weitern Rassenvermischung und ihren Folgen, den Rassenkonflikten, vorzubeugen. Demgemäß sind Heiraten zwischen Weißen und Nichtweißen untersagt, und illegitimer Verkehr wird bestraft. Die Rassenvermischung wird übrigens von den Schwarzen ebenso abgelehnt wie von den Weißen.

Ferner werden grundsätzlich für jede Rasse besondere Wohnviertel in den Städten festgelegt, sogenannte «Group Areas». Auch müssen die Räume der nichtweißen Hausangestellten eines weißen Arbeitgebers von seinen eigenen Räumen getrennt sein. Die Tendenz geht dahin, die Zahl dieser schwarzen Hausangestellten in den Städten allmählich abzubauen, da man sich auch in Europa und Amerika den Luxus einer großen Dienerschaft nicht mehr leisten könne.

Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln besteht mit gewissen Ausnahmen ebenfalls Rassentrennung, ebenso für die öffentlichen Lokale. Die Bänke in den öffentlichen Anlagen sind teils für weiße, teils für nichtweiße Benutzer separat angeschrieben. Dagegen gibt es auf den Straßen und in den Geschäften keine Rassentrennung, auch nicht auf den Arbeitsplätzen, doch sucht die Regierung zu vermeiden, daß Weiße und Schwarze nebeneinander in denselben Fabrikräumen arbeiten.

Nach Rassen getrennt sind auch die Schulen bis hinauf zu den Universitäten.

Nur soweit bei den Bantu-Universitäten noch keine Studienmöglichkeiten für ein Fach bestehen, werden Ausnahmen in kleinem Umfang bewilligt.

Bis zu einem gewissen Grad entspricht diese soziale Trennung der Rassen, so befremdlich sie uns Schweizern erscheinen mag, einer natürlichen psychologischen Einstellung der Menschen, die am liebsten unter ihresgleichen sind und sich in Gesellschaft anders gearteter Menschen nicht recht wohl fühlen.

Eine andere Frage ist, ob man die Ordnung dieser menschlichen Beziehungen wirklich von Staats wegen regeln soll und nicht besser dem natürlichen Instinkt der Leute überlassen würde, wodurch die manchmal verletzende und beschämende Wirkung starrer Polizeivorschriften vermieden würde.

Neuerdings wurden auch in Südafrika vielfach, selbst in der Regierung nahestehenden Kreisen Stimmen laut, die dafür eintreten, daß, im Interesse des großen Hauptziels der getrennten politischen Entwicklung der Rassen, die soziale, sogenannte kleine Apartheid möglichst einzuschränken sei, denn sie sei es, die hauptsächlich Bitterkeit erzeuge und im Ausland einen schlechten Eindruck erwecke. Sie habe auch den Nachteil, daß durch die gewaltsame Trennung der Kontakt zwischen den Rassen zum Nachteil eines bessern gegenseitigen Sich-Kennens und Verstehens erschwert werde, obschon ihm zur Sicherung des friedlichen Zusammenlebens eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukomme.

Erziehungswesen

Dieses ist für die Entwicklung der nichtweißen Bevölkerung besonders wichtig, einerseits im Hinblick auf die Überwindung der Primitivität, des Aberglaubens und der Armut, anderseits gilt es im Rahmen der Politik der getrennten Entwicklung der Rassen deren künftige Mittel- und Oberschicht aufzubauen und genügend fähige und kompetente Leute für die Selbstregierung und Entwicklung rechtzeitig auszubilden. Bedeutendes ist in dieser Hinsicht geleistet worden. Bereits 1961 gab es 8000 Bantu-Schulen mit 1,6 Millionen Schülern. Die Zahl der Schulen wächst noch ständig; 55 000 besuchen Oberprimar-, Sekundar- und höhere Schulen. Es gibt 27 000 Bantu-Lehrer. Jedes Jahr kommen neue hinzu aus gegen 50 Lehrerseminaren.

Neben den 9 weißen Universitäten und der Universität von Südafrika, die auf dem Korrespondenzweg unterrichtet, so daß die Rassenzugehörigkeit keine Rolle spielt, gibt es seit einigen Jahren drei eigene Hochschulen für die Bantu und ferner eine solche für die Kapmischlinge, inmitten der neuerstellten Siedlungen in der Nähe von Kapstadt, deren geistiges Zentrum sie bilden wird. 1961 ist auch eine eigene Hochschule für die Inder in Durban gegründet worden, die sich eines besonders großen Zuspruchs erfreut. Sie hat bereits 75 Lehrkräfte und 860 Studenten. Dazu kommt die seit 1951 bestehende medizinische Fakultät für die Nichtweißen in Durban.

Einstweilen ist im Interesse des akademischen Niveaus noch der Einsatz qualifizierter weißer Hochschullehrer erforderlich, denen nichtweiße Lektoren und Dozenten, auch zur weitern Erläuterung des Stoffes in der Muttersprache der Studenten, zur Seite stehen. Es ist aber das Ziel, an diesen Hochschulen so bald als möglich qualifizierte Rassengenossen der Studenten als künftige Professoren heranzuziehen. Kürzlich wurde ein Bantu Education Advisory Board (Bantu-Erziehungsrat) aus Bantu gebildet, präsidiert von Professor Kgware.

Auf Wunsch der Häuptlinge sind besondere Schulen für die Söhne von Häuptlingen und Unterhäuptlingen geschaffen worden, wo sich diese jungen Leute für die Aufgaben vorbereiten können, die auf sie warten.

Politische Apartheid

Die gegenwärtige Situation kann in kurzen Zügen vielleicht am besten wie folgt zusammengefaßt werden:

Die südafrikanische Republik ist ein ausschließlich von den Weißen geschaffener und regierter moderner und demokratischer, zivilisierter Staat. Im Parlament und in der Regierung sitzen nur weiße Abgeordnete. Weiße sind auch die vier von den Mischlingen in eigenen Wahlkreisen gewählten Vertreter sowie die Senatoren, die von der Regierung neben den gewählten Mitgliedern des Senats zu ernennen sind, um dank ihren besondern Kenntnissen und Erfahrungen mit der nichtweißen Bevölkerung für deren Interessen einzustehen.

Anderseits ist die traditionelle Stammesverfassung der verschiedenen Bantu-Nationen mit ihren Häuptlingen, Unterhäuptlingen (Headmen) und Ratgebern, mit administrativen und richterlichen Funktionen erhalten geblieben. Immerhin müssen die Häuptlinge, die nach der Stammestradition aus den alten Familien königlichen Bluts ausgewählt werden, für die Ausübung ihrer Funktionen von der Regierung anerkannt werden.

Seit 1955 hat die Regierung zur Vorbereitung der allmählichen Selbstregierung der Bantu in ihren eigenen Gebieten ein System von etwa 500 Bantubehörden, die aus Häuptlingen und ihren Ratgebern bestehen, als Stammes-, Regional- und Territorialbehörden aufgebaut, mit insgesamt über 6500 Behördenmitgliedern, die alle Bantu sind.

Neben diesen Bantubehörden besteht in den Bantu-Territorien ein Netz von weißen Regierungsbeamten, den Bantu-Kommissaren mit einem Stab von Mitarbeitern, die mit der Verwaltung und Entwicklung der Bantugebiete und der Beratung und Förderung der Bantu im Auftrag und unter der Aufsicht der beiden Ministerien für Bantu-Administration und Entwicklung sowie für Bantu-Erziehung betraut sind.

Als direkte Verbindungsleute zwischen der Regierung selbst und den Bantubehörden und zum Zweck gegenseitiger Konsultationen wurden überdies vor

einigen Jahren weiße Generalkommissare mit Botschafterrang bei den verschiedenen Bantu-Nationen bestellt. Anderseits haben die Bantubehörden ihre Vertrauensleute bei ihren nach den weißen Städten ausgewanderten Volksgenossen.

Für die *Mischlinge und Inder* wurde neuerdings auch je ein besonderes Ministerium geschaffen, in dem alle Angelegenheiten dieser Gruppen konzentriert werden. Ferner wurde in Konsultation mit diesen Gruppen, für die keine eigenen Territorien bestehen, beratende Organe zur Wahrnehmung ihrer Interessen und für den Meinungsaustausch mit der Regierung eingerichtet. Sie sollen, wenn sie sich eingespielt und Erfahrungen gesammelt haben, allmählich zu eigentlichen autonomen Selbstverwaltungsorganen für diese Volksgruppen ausgebaut werden.

Transkei

Die Bildung des Transkei-Staates führte nun die Politik der getrennten Entwicklung einen bedeutenden Schritt weiter.

Am 5. Mai 1964 hat der südafrikanische Staatspräsident *C. R. Swart* in Umtata, der Hauptstadt des neuen Transkeistaates, die erste Session der im Vorjahr auf Grund der neuen Verfassung gewählten gesetzgebenden Versammlung feierlich eröffnet, ähnlich wie er jeweilen die Sessionen des weißen Parlaments in Kapstadt mit einer programmatischen Rede eröffnet. Er wies darauf hin, daß die Republik während der unvermeidlichen Übergangszeit dem neugeschaffenen Staat noch weiter eine Anzahl erfahrener weißer Berater zur Verfügung stellen werde, von denen manche einen großen Teil ihrer Lebens- und Dienstzeit dort verbracht haben. Sie sollen helfen, die Verwaltung zu organisieren, ihre schwarzen Nachfolger in ihre Arbeit einführen und anleiten, bis schließlich der ganze Verwaltungsapparat von den letztern übernommen werden kann. Für die Leitung der Staatsgeschäfte werde das Land seine besten Köpfe benötigen. Die Republik habe dafür vorgesorgt, indem in der Transkei 1508 Primarschulen und 50 höhere Schulen errichtet wurden, die nun mit ihren 5000 Lehrern und 224 000 Schülern an den neuen Staat übergegangen seien. An ihn solle noch im Laufe des Jahres 1964, wie in der Verfassung vorgesehen ist, auch alles Land übereignet werden, das sich bisher in der Kontrolle der Republik, der Provinzverwaltung oder des sogenannten Eingeborenen-Trusts befand, der seinerzeit von der Regierung für die Entwicklung der Bantu-Territorien ins Leben gerufen wurde.

Die Schaffung des Transkeistaates und seine Verfassung wurden in den letzten Jahren im gemeinsamen Einvernehmen zwischen der Regierung und einem aus den Führern der Transkei gebildeten Komitee vorbereitet und alsdann sowohl von der Territorialbehörde wie vom Parlament der Republik gutgeheißen.

Der Transkeistaat wird mit Ausnahme der Befugnisse, die einstweilen der Republik verbleiben, ausschließlich von Bantu regiert. Die darin wohnenden Weißen, die eine kleine Minderheit sind und wahrscheinlich allmählich ins weiße Gebiet abwandern werden, haben in der Transkei kein Bürgerrecht und keine politischen Rechte, können aber solche weiterhin in der Republik ausüben.

Das Parlament umfaßt 109 Abgeordnete. Seine Zusammensetzung bildet einen geschickten Kompromiß zwischen der traditionellen Herrschaft der Häuptlinge und dem modernen demokratischen Prinzip der Volkswahl. Die 64 amtierenden Häuptlinge gehören von Amtes wegen dem Parlament an. 45 weitere Mitglieder werden auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt. Jeder Bürger der Transkei, der über 21 Jahre alt oder Steuerzahler ist und gegen den keine gesetzlichen Ausschlußgründe bestehen, kann sich ins Stimmregister des Ortes, an dem er zuständig ist, eintragen lassen, auch wenn er außerhalb des Territoriums wohnt. Damit wurde erstmals der politisch bedeutungsvolle Grundsatz verankert, daß jede Rasse ihre politischen Rechte in ihrem eigenen Gebiet und nur da ausüben soll. Es ergibt sich daraus für die Bantu-Arbeiter in den weißen Gebieten eine Situation analog derjenigen der italienischen Arbeiter in der Schweiz.

Das auf 5 Jahre gewählte Parlament wählte im Frühling 1964 für den gleichen Zeitraum zum Ministerpräsidenten Häuptling Kaiser Matanzima, einen Mann mit juristischer Hochschulbildung, und die 5 weitern Minister seiner Regierung, die, wie in der Schweiz, weder durch ein Mißtrauensvotum noch durch eine Abstimmungsniederlage vor Ablauf ihrer Amtsdauer vom Parlament gestürzt werden können. Die sechs Mitglieder der Regierung haben unter sich die sechs Departemente verteilt, nämlich:

Justiz (soweit der neue Staat zuständig ist) — Inneres und Verwaltungsangelegenheiten — Finanzen — Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Straßenbau und Ingenieurwesen, Wasserwirtschaft und öffentliche Gebäude — Erziehung (schon bisher waren die Schulräte und Schulkommissionen aus Bantu gebildet) — Wohlfahrt und Arbeit.

Weitere Kompetenzen sollen der Transkei-Regierung übertragen werden, sobald sie gerüstet sein wird, diese Aufgaben zu übernehmen, nämlich Gesundheitswesen, wirtschaftliche Entwicklung, Minen, Polizei und Gefängniswesen.

Der Transkeistaat hat seine eigene Flagge, Nationalhymne (Nkosi Sikelel i Afrika), Landessprache (Xhosa, neben dem auch die beiden offiziellen Sprachen der Republik und Sesotho, das in gewissen Gegenden des Gebiets gesprochen wird, zugelassen sind), sein eigenes Bürgerrecht, das allen Xhosa (3 Millionen) und den ihnen verwandten Gruppen zusteht, jedoch mit gewissen Rechten und dem Treueverhältnis gegenüber der Republik verbunden ist. Er hat ferner seinen eigenen Verwaltungsapparat sowie seine eigenen Finanzen,

gespiesen durch alle von Transkei-Bürgern inner- und außerhalb des Territoriums bezahlten direkten Steuern sowie gewisse finanzielle Beiträge der Republik. Dazu kommen außerdem die Leistungen aus dem Entwicklungsprogramm der Regierung. Das erste Budget des Transkeistaates sieht 97 Millionen Franken Einnahmen und 93 Millionen Ausgaben vor. Von den Einnahmen werden nur 19 Millionen von der Transkei selber aufgebracht, hauptsächlich durch Steuern, wogegen die Beiträge der Republik sich auf insgesamt 78 Millionen Franken belaufen.

Rechte, die sich die Republik vorbehält, sind die Bestätigung der Gesetze durch den Staatspräsidenten, die Außenpolitik und das Verteidigungswesen.

Inzwischen hat Ministerpräsident Matanzima im Einvernehmen mit der Regierung der Republik kürzlich mit seinen Begleitern eine Besuchsreise in die wichtigsten südafrikanischen Industriezentren unternommen, um einen direkten Kontakt mit den dort arbeitenden Bürgern der Transkei herzustellen, der mit offiziellen Empfängen durch die Bürgermeister und mit Versammlungen verbunden war.

Die Bantu in den Industriestädten sollen übrigens außer dem Wahlrecht in ihrem Herkunftsort auch ein gewisses Mitspracherecht an ihrem Wohnort, das heißt in den Arbeitersiedlungen am Rande der Industriestädte erhalten. Die ersten schwarzen Stadträte haben dort bereits ihre Funktionen aufgenommen.

Die Gewährung der geschilderten, wenn auch noch limitierten Selbstregierung, mit einer eigenen staatlichen Organisation auf territorialer Basis, bedeutet einen großen und kühnen Schritt auf dem Wege zur Selbstregierung der Bantu in ihren eigenen Gebieten. Vorteile und Nachteile dieser Politik können nun an einem konkreten Beispiel geprüft werden, und die Xhosa können die Entwicklung im eigenen Land vergleichen mit dem, was in den neuen Staaten Afrikas geschieht. Die Verwirklichung des Transkeistaates hat auf die Bantu in Südafrika einen großen Eindruck gemacht. Sie beweist, daß es der Regierung mit der Gewährung der Selbstregierung ernst ist.

Es bleibt abzuwarten, wann und wie die übrigen Bantustan gebildet werden. Die hiefür nötige Abrundung und Zusammenlegung der teilweise zerstückelten Gebiete ist im Gange, aber eine schwierige und langwierige Aufgabe. Indessen soll nach Äußerungen von Regierungsseite binnen 2 Jahren «Tswanaland», angrenzend an das britische Protektorat Bechuanaland, als zweites Bantustan mit der Hauptstadt Mafeking gebildet werden. Für die weitern Bantugebiete wie Zululand, Ciskei und die Gebiete im nördlichen Transvaal braucht es dagegen noch längere Zeit, bis die nötigen Vorbereitungen getroffen sind. Das hat aber den Vorteil, aus den jetzt in der Transkei gemachten Erfahrungen Nutzen ziehen zu können. Es wird interessant sein, zu verfolgen, wie sich dort das Zusammenspiel der im Transkeiparlament vertretenen Kräfte, den überwiegend traditionalistischen Häuptlingen einerseits und

den namentlich unter den gewählten Mitgliedern zu findenden Anhängern neuzeitlicher Ideen, gestalten wird. Im Gegensatz zum Regierungschef Kaiser Matanzima, der entschlossen auf dem Boden der territorialen Rassentrennung steht, befürwortet der Chef der Opposition, Oberhäuptling Victor Poto, das Verbleiben der Weißen im Land und, ohne an der jetzigen Ordnung rütteln zu wollen, für die Zukunft eine enge Zusammenarbeit zwischen den Xhosa und den Weißen[15].

Das künftige Verhältnis zwischen der weißen Republik und den Bantustan als solchen wird zum Teil vom weiteren Ablauf der Entwicklung abhängen. Grundsätzlich soll diese bis zur Erlangung der vollen Souveränität gehen können. Die Regierung hofft, durch ihre Methode zu einer verständnisvollen und gegenseitigen Zusammenarbeit mit den an sich selbständigen Bantustan zu gelangen, die ein friedliches, freundnachbarliches Zusammenleben im Sinne eines Commonwealth erlaubt, zu dem auch die gemeinsamen Wirtschaftsinteressen und die gemeinsame Liebe zu Südafrika beitragen werden.

Der geschilderten Regierungspolitik stehen die Postulate derjenigen gegenüber, die für ein politisches Mitspracherecht aller Bevölkerungsgruppen auf der gleichen Basis in einem unitarischen Gesamtstaat eintreten, teils in Südafrika selbst, teils vom Ausland aus[16]. Kirchliche Kreise, Liberale, Progressisten, die Anhänger einer totalen Rassenintegration denken in dieser Richtung, ferner die Anhänger verschiedener Organisationen der Nichtweißen. Eine besonders aktive Rolle haben von jeher die Kommunisten und ihre Tarnorganisationen gespielt, getreu dem Grundsatz, in allen Ländern die Bewegungen zur Abschüttelung einer Klassen- oder Kolonialherrschaft zu unterstützen[17].

Wie diese politische Gleichberechtigung und damit letzten Endes die Übergabe der Macht an die schwarze Mehrheit verwirklicht werden soll, darüber gehen allerdings die Ansichten auseinander. Es herrscht in diesen Kreisen auch vielfach noch die historisch erklärliche irrige Vorstellung, daß die Apartheidspolitik die Aufrechterhaltung der weißen Herrschaft über die Nichtweißen bezwecke. Sie wird begünstigt durch die Tatsache, daß die alte Herrenmentalität namentlich unter der ältern Generation noch weit verbreitet ist und nur langsam überwunden werden kann. Es wäre aber an der Zeit, daß die gegen die Apartheid eingestellten Kreise Wesen und Ziele der Politik der getrennten Entwicklung im Lichte der neuesten Vorgänge und Tatsachen und losgelöst von alten Schlagworten und emotionellen Gesichtspunkten sachlich neu durchdenken.

Wir Schweizer stehen auf dem Boden der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit im Innern wie im Völkerleben. Wir sympathisieren mit dem Wunsch aller Völker nach Selbstregierung. Wir kennen aber aus unserer Geschichte auch die Notwendigkeit einer organischen Entwicklung, der Rücksichtnahme auf die einzelnen Gruppen einer mannigfaltigen Bevölkerung und der Respektierung ihrer Eigenart. Wir sind in unserer eigenen politischen Entwicklung

über das mechanische Prinzip von «one man one vote» weit hinausgekommen, indem wir eine Politik des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Rücksichtnahme auf die Besonderheiten der einzelnen Volksteile entwickelt haben. Dazu hat der föderalistische Aufbau unseres Staates mit der Souveränität der Kantone und der Autonomie der Gemeinden viel beigetragen. Wir wissen ferner seit dem Beginn unserer Geschichte, daß jedes Volk seine ihm gemäße Ordnung selber finden und verwirklichen muß und daß ihm diese, soll sie Bestand haben, nicht von außen aufgezwungen werden kann.

Wir sollten daher für Südafrika in dieser Hinsicht Verständnis haben und bedenken, daß seine Verhältnisse noch viel komplizierter sind und die Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen sehr viel tiefer gehen als bei uns. Südafrika ist in seiner jetzigen Gestalt noch ein sehr junges Land, wenig über 50 Jahre, und muß die seinem Wesen am besten entsprechende Organisationsform erst gestalten und erproben. Die Politik der getrennten Entwicklung der verschiedenen Volksgruppen ist ein geeigneter Weg dazu[18]. Die große Masse seiner schwarzen Bevölkerung ist in ihrem Bewußtsein noch in uralten Traditionen verwurzelt. Für ihre Eingliederung in die moderne Zeit muß zuerst eine große Schulungs-, Organisations- und Entwicklungsaufgabe erfüllt werden. Die Regierung widmet sich ihr mit Ernst und Hingebung. Menschen in großer Zahl arbeiten daran mit Begeisterung und großer persönlicher Aufopferung. Zu ihrer Erfüllung braucht es aber Zeit, Geduld und Ordnung.

Eine ruhige, geordnete Entwicklung in separatistisch-föderalistischer Richtung entspricht auch den Wünschen des größten Teils der Bantu, die meist noch immer stammesverbunden sind, im Gegensatz zu einer verhältnismäßig kleinen Zahl Intellektueller, die Gleichstellung mit den Weißen verlangen und darum den heutigen Zustand ablehnen. Aber nicht sie, sondern die angestammten Stammesoberhäupter sind die wirklichen Wortführer der großen Masse der Bantu. Das zeigte sich zum Beispiel letztes Jahr deutlich im britischen Protektorat Swaziland, wo auf Grund der neuen, dem König gegen seinen Willen aufgezwungenen Verfassung Wahlen stattfanden, bei denen die Partei der königstreuen Traditionalisten sämtliche Sitze eroberte, während die intellektuellen Aktivisten leer ausgingen.

Internationale Auswirkungen der Rassenprobleme Südafrikas

Es ist hier nicht möglich, einläßlich darauf einzugehen, vielmehr muß ich mich auf einige kurze Feststellungen beschränken. Auf die gegen Südafrika geführte internationale Pressepolemik habe ich bereits hingewiesen. Parallel dazu wird der Kampf gegen die Apartheidspolitik in der UNO geführt, dessen Intensität sich seit dem Beitritt der neuen unabhängig gewordenen Länder Asiens und

Afrikas, unter Mitwirkung der kommunistischen Staaten, dauernd gesteigert hat. Diese Aktionen kranken daran, daß sie weitgehend auf Unkenntnis oder Verkennung, wenn nicht gar auf absichtlicher Verdrehung der Wirklichkeit beruhen und ihre Promotoren sich dafür vor allem auf Schlagworte und emotionelle Parolen berufen, ohne ihre Thesen einmal an Hand der Wirklichkeit zu überprüfen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß gewisse Leute die Wahrheit gar nicht wissen wollen, weil sie nicht in ihr ideologisches Programm paßt. Bevor irgendwelche neue Aktionen unternommen werden, müßte das erste Postulat lauten, die Tatsachen an Ort und Stelle durch unparteiische Persönlichkeiten von internationalem Ansehen feststellen zu lassen.

Auf der afrikanischen Gipfelkonferenz in Addis-Abeba im Jahre 1963 wurde eine Aktion zur Boykottierung Südafrikas eingeleitet. Sein Außenhandel sollte boykottiert, seinen Schiffen und Flugzeugen die Benützung der Häfen und Flugplätze, ja selbst die Überfliegung der Länder verwehrt werden. Es wurde der Ausschluß Südafrikas oder die Verhinderung seiner weiteren Mitwirkung bei allen internationalen Organisationen angestrebt, teilweise unter Mißachtung der Satzungen dieser Organisationen, die einen solchen Ausschluß eines Mitgliedstaates nicht vorsehen. Es folgte die Resolution des Sicherheitsrates vom August 1963 über ein Waffenembargo. Es ist anderseits bekannt, daß von gewissen Ländern, kommunistischen und andern, versucht wird, junge Bantu zu rekrutieren, um sie für Sabotage und Unruhestiftung auszubilden.

Alle diese Bemühungen haben Südafrika wenig anhaben können. Es herrschen dort Frieden, Ordnung und Prosperität. Die Saboteure und Unruhestifter wurden entweder festgenommen oder sind ins Ausland geflüchtet. Der Warenboykott erwies sich als zweischneidig und gegenüber Südafrika als wenig wirksam.

Im April 1964 wurde in London eine Konferenz unter Beteiligung zahlreicher Afrikastaaten und an der Bekämpfung der Apartheidspolitik interessierter Persönlichkeiten abgehalten[19]. Ihre Schlußfolgerungen gipfelten in der Feststellung, daß sich Südafrika in einer Krise befinde, die auf einen Rassenkrieg hinauslaufe und nur durch eine Intervention von außen gelöst werden könne. Außer einer militärischen Intervention seien totale Handelssanktionen das einzige Mittel, um zum Ziele zu kommen. Ein solcher totaler Wirtschaftsboykott müßte mit Hilfe der UNO in die Wege geleitet werden. Dazu wäre aus juristischen Gründen erforderlich, daß die Situation in Südafrika als eine Bedrohung des Weltfriedens gemäß Art. 39 der Satzung erklärt werde, denn nur dann könnte der Sicherheitsrat obligatorische Sanktionen, gestützt auf Kapitel VII der Satzung, anordnen. Hiefür wäre die Unterstützung aller fünf permanenten Mitglieder des Sicherheitsrates erforderlich. Um sie zu erreichen, wurden Pressionen auf Frankreich, Großbritannien und die USA empfohlen, damit sie ihre bisher ablehnende Haltung ändern. Hiefür könnten die Neger und die

Civil-Rights-Organisationen in den USA, die ehemaligen französischen Kolonien in Afrika und die Mitglieder des Commonwealth in Afrika und Asien eingesetzt werden.

Das Gesagte zeigt, auf welche wunderlichen Ideen und Abwege Leute kommen können, die den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen verloren haben.

Die südafrikanische Regierung ist ihrerseits fest entschlossen, auf dem von ihr beschrittenen Weg zur Entwicklung und Selbstregierung der nichtweißen Bevölkerung weiterzuschreiten und eine Einmischung des Auslandes in die innern Angelegenheiten Südafrikas nicht zuzulassen, sondern sie ist gewillt und gerüstet, wenn es sein müßte, für die Unabhängigkeit zu kämpfen. Aber von einer Bedrohung des Friedens durch Südafrika kann keine Rede sein. Seine Regierung sucht nicht den Streit, sondern den Frieden und die Zusammenarbeit, auch mit den neuen Staaten Afrikas, und bedauert, daß bis jetzt die von ihr hiezu dargebotene Hand zurückgestoßen wurde. Aber früher oder später wird es sich zeigen, daß eine extreme Politik der Pressionen und Drohungen zu nichts führt. Dann ergibt sich vielleicht eine bessere Aussicht dafür, daß Südafrika für seine Bemühungen zur Entwicklung der Bantu Verständnis findet und statt Südafrika zu bekämpfen, man den Wert seiner Kenntnisse und Fähigkeiten für die Entwicklung Afrikas erkennt und die angebotene Zusammenarbeit annimmt[20].

Durch ungenügend vorbereitete und überstürzte Verwirklichung der Selbstregierung ist in großen Gebieten Afrikas schwerer Schaden gestiftet worden, den zu heilen schwierig ist und der auf jeden Fall sehr viel Zeit und Geld kosten wird. Diese Fehler dürfen in Südafrika nicht wiederholt werden.

[1] Beispiele bei Peter Kleist: Südafrika Land für Weiß und Schwarz, K. W. Schütz, Göttingen, 1. Aufl. 1963, 2. Aufl. 1964. [2] Report of the Commission of Inquiry into the S. A. Press, 2. Teil 1964. [3] Schweizer Monatshefte 1964, Heft 2, S. 97ff. Siehe dazu auch Nr. 16 «Schweiz. Beobachter» vom 31. 8. 1964 und die Antwort von Prof. Dr. Fritz Marbach: Ein ungerechtfertigter Angriff, NZZ Nr. 4239 vom 9. 10. 1964. [4] Nach einer Erklärung des südafrikanischen Oberbefehlshabers, General Grobbelaar, wurden in den letzten Jahren in über 34 Fällen, zuletzt am 9. 11. 1964, heimlich sich in der Nähe der Küsten Südafrikas aufhaltende fremde U-Boote beobachtet, was auf Vorbereitungen zu Angriffen auf den Schiffsverkehr im Kriegsfall schließen lasse (S. A. Digest v. 18. 12. 1964). [5] Im Zusammenhang mit dem von der britischen Labour-Regierung gegen Südafrika verhängten Waffenembargo kam kürzlich im britischen Unterhaus die unveränderte Bedeutung der britisch-südafrikanischen Abmachungen über die Marinebasis Simonstown bei Kapstadt zum Ausdruck. [6] Rechnet man das gesamte Gebiet der Republik und der drei Protektorate zusammen, so beträgt der Anteil der Weißen etwa 50% und der Anteil der Bantu (in den drei Protektoraten und in den Bantu-Reservaten der Republik zusammen) ebenfalls etwa 50%. [7] Ausführlichere Angaben R. Wertheimer: Expandierende Wirtschaft in Südafrika, «Außenpolitik», Stuttgart, Heft 11, Nov. 1964, und F. Kappeler: Südafrikas Wirtschaft, ihre Probleme und Aussichten, Wirtschaftliche Mitteilungen der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung, Sonderdruck. [8] Nach der neusten Volkszählung. [9] Durch Rückwanderer aus Kenya und Tanganjika. [10] Nach Zeitungsberichten betrug die Weltgoldproduktion 1963 insgesamt 51,7 Millionen Unzen, wovon

27,43 in Südafrika, 12,5 in der UdSSR und 11,77 in dritten Ländern. [11] Man ist in Südafrika überzeugt, daß es in absehbarer Zeit nötig sein wird, den Goldpreis dem stark gestiegenen Niveau der Warenpreise anzupassen, wenn die Weltwirtschaft nicht aus dem Gleichgewicht geraten soll. [12] Eine böswillige Propaganda stellte die Sache so dar, daß die armen Schwarzen brutal aus ihren Heimstädten vertrieben worden seien. [13] Über die Vorgeschichte siehe die interessante Darstellung von Wahrhold Drascher: Die Rassenpolitik in Südafrika 1652—1910, Saeculum, XV, Heft 2, 1964. Als Bestandesaufnahme der zugrunde liegenden Tatsachen hat der Tomlinson-Bericht von 1955 auch heute noch seinen Wert, obwohl seine Empfehlungen nur teilweise und zögernd ausgeführt wurden. (Offizielle Zusammenfassung des Berichts Government Printer Pretoria, gekürzte Fassung davon in S. A. Digest, Vol. 3, Nr. 8, vom 16. 4. 1956). [14] E.T.W. Schumann: The abdication of the white man, Kapstadt 1963. [15] Über die neuste Entwicklung, W. A. Bellwood: Whither the Transkei, auf Grund an Ort und Stelle gewonnener Eindrücke. [16] Eine ausführliche, jedoch sehr einseitige Darstellung der verschiedenen Gruppen, Auffassungen und Organisationen bieten Colin and Margaret Legum in «South Africa crisis for the West». Das Buch gibt ein Bild von der Gedankenwelt der Apartheidsgegner und ihren Ideen über eine gewaltsame Intervention der UNO. [17] Julius Lewin: Politics and law in South Africa, S. 19, London 1963. [18] Eine wohldurchdachte Darstellung der Gründe und Ziele der Apartheidspolitik gibt S. E. Holloway, früherer Beamter und Diplomat in «Apartheid a challenge», Johannesburg 1964. [19] Der Organisator dieser Konferenz, Ronald Segal, veröffentlichte unter dem Titel «Sanctions against South Africa» einen einläßlichen Bericht über diese Konferenz und ihre Beschlüsse. Pinguin-Verlag, London 1964. [20] René Mac Coll, Daily Express, Interview mit Dr. Verwoerd über die Politik Südafrikas, abgedruckt in «South African Report», Dez. 1964.

Literatur (soweit nicht in den Fußnoten zitiert)

State of South Africa Year-Book, Johannesburg, erscheint jährlich.

D. W. Krüger: South African Parties and Politics, Kapstadt 1960 (Auszüge aus den Reden politischer Führer, siehe besonders Sektion VI, S. 359—464 über das Eingeborenenproblem).

Andrews etc.: South Africa in the Sixties, socio-economic survey. South African Foundation, Kapstadt 1962.

Department of Information: The progress of the Bantu-peoples towards nationhood. 1962.

H. A. Fagan: Co-existence in South Africa, Cape Town 1963.

Ursula Namgalis: Südafrika zwischen Weiß und Schwarz, Ev. Missionsverlag, Stuttgart 1963. (Gibt die Einstellung der Mission wieder.)

Paul Giniewski: Une autre Afrique du Sud, Paris 1962.

Jean Alain Lesourd: La République de l'Afrique du Sud, Paris 1963, Presses universitaires de France.

H. E. Jenny: Afrika ist nicht nur schwarz, 2. Aufl. 1963, Econ-Verlag.

Hans Lang: Im Lande der Apartheid, «Der Bund» 1963, Nr. 543 und 552, 1964, Nr. 9, 29, 38 und 46.

Es kann sich angesichts der Fülle von Veröffentlichungen nur um eine Auswahl aus der letzten Zeit handeln.